

Proteststurm der iGZ - Zeitarbeitsunternehmen gegen Ausweitung der Ein – Euro – Jobs



Rundschreiben an alle iGZ – Mitgliedsunternehmen

Münster, den 13.01.2005

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Martin Wansleben, will nach Presseberichten in dieser Woche Empfängern des Arbeitslosengeldes II "wie in der Zeitarbeit" an Betriebe ausleihen. Gegen diesen Vorschlag hat es bereits zahlreiche Proteste gegeben.

Im Rahmen der Diskussion um die so genannten Ein-Euro-Jobs hat Wansleben gefordert, diese bislang auf gemeinnützige Tätigkeiten etwa in Kommunen oder Wohlfahrtsverbänden beschränkten Jobs flächendeckend in der gesamten Wirtschaft einzuführen. Das erweiterte Modell könnte so aussehen, dass Empfänger des Arbeitslosengeldes II über die Arbeitsagenturen an Betriebe "verliehen" werden. Die Betriebe zahlen an die Arbeitsagenturen eine individuell vereinbarte, "marktgerechte" Gebühr von beispielsweise drei bis vier Euro, und der Arbeitlose erhält zum Arbeitslosengeld II einen Euro pro Stunde zusätzlich. Den Charme eines solchen Modells sieht Wansleben darin, dass die Arbeitsagenturen so einen Teil ihrer Zahlungen "refinanzieren" könnten, während die Arbeitslosen wieder in Kontakt mit Betrieben kämen.

Gerade Zeitarbeitsunternehmen wären von der Umsetzung dieser Ideen massiv betroffen. Wir wollen deshalb in einer konzertierten Aktion Stellungnahmen von unseren Mitgliedsunternehmen zu diesem unsinnigen Vorschlag bündeln und an die jeweiligen IHKs weiterleiten.

Schicken Sie uns bitte – möglichst schon bis Freitag (14.1.) - Ihre Stellungnahmen aus Unternehmenssicht zu.

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

RA Werner Stolz
Bundesgeschäftsführer

iGZ - Bundesgeschäftsstelle
Hüfferstr.9-10
48149 Münster
Tel.: 0251 / 98112-13
Fax: 0251 / 98112-29

info@ig-zeitarbeit.de
www.ig-zeitarbeit.de



Hier ein Auszug aus den zahlreichen Rückantworten:

Sehr geehrter Herr Stolz,
es ist schon eine merkwürdige Idee, mit Löhnen, die an das unterste tarifizierte Niveau nicht annähernd heranreichen, einen Verdrängungswettbewerb staatlich gefördert zu veranstalten. Konzeptuell scheint das allerdings eher sehr kurz gedacht, existierende Arbeitsvolumina durch gezielt subventioniertes Lohndumping umzuverteilen. Nichts anderes würde geschehen, die "Aktion" schafft doch keinen zusätzlichen Arbeitsplatz. Der Verdrängungswettbewerb ist doch schon jetzt dort zu fürchten, wo gemeinnützige Arbeiten geleistet werden, glaubt tatsächlich jemand, dass die Kommunen sich (scheinbar) teuer an das mittelständische Handwerk wenden, wenn sie zu einem Bruchteil des Kurses Arbeiten erledigen lassen können? Schon hier sind die Folgen unabsehbar.

Wenn aber dieses arbeitsmarktpolitische Instrument auf die Wirtschaft ausgedehnt würde, könnte von fairem Wettbewerb mithin wohl kaum mehr die Rede sein, es würden also nicht nur Löhne systematisch nach unten geschraubt werden, sondern auch die engagierten Unternehmen der Zeitarbeit, die flexibel auf Anforderungen zu reagieren im Stande sind, ihrer Arbeitsgrundlage beraubt. Von Chancengleichheit kann da wohl kaum die Rede sein. Wer kümmert sich denn dann bitte anschließend um die in den Zeitarbeitsbetrieben "freiwerdenden" Mitarbeiter?

Diejenigen Arbeitnehmer, die die Mitarbeiter der Arbeitsagenturen freudestrahlend wieder mit betrieblicher statt amtlicher Luft in Berührung bringen würden, sind diese allerdings nicht wirklich los, die werden nur gegen diejenigen ausgetauscht, die sie aus ihren Jobs verdrängt haben. Es lebe billig? Sicher nicht - dass Arbeit preiswerter sein kann, muss nicht auf dem Rücken der Lohnempfänger abgewickelt werden. Vielleicht denkt doch noch mal jemand über Lohnnebenkosten und Flexibilität nach.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Fischer
Flexwork
Hauptstraße 19
38162 Cremlingen

Sehr geehrter Herr Stolz,

alleine über dieses Thema eine Diskussion zu führen ist so unsinnig wie der bekannte Kropf. Die Folgen für unsere Branche wären fatal, denn meiner Meinung nach würde das komplette Helfergeschäft zumindest in großen Teilen wegbrechen. Alleine für unser Unternehmen wären das aktuell ca.500 Mitarbeiter, die wir in die Arbeitslosigkeit entlassen müssten (über 100 Mitarbeiter davon sind älter als 50 Jahre)... Ob dieser geistreiche DIHK – Hauptgeschäftsführer auch eine Idee hat, wie man neue Arbeitsplätze in Deutschland schaffen kann?

Mit freundlichem Gruß

Harald Junglas
Geschäftsführer ARMON GmbH (Koblenz)

Der Vorschlag des DIHK - Hauptgeschäftsführers ist aus unternehmerischer wie auch aus makroökonomischer Sicht als verfehlt abzulehnen. Es offenbart sich durch den Vorschlag übliches Ich - bezogenes Klienteldenken, welches in weiten Teilen der deutschen Wirtschaft anzutreffen ist. Offenbar wird primär seitens des deutschen Produktionsgewerbes versucht sich - durch die Hintertür und zulasten der deutschen Zeitarbeitsbranche- einen Wettbewerbsvorteil zu generieren.

Indirekte Subventionen für privatwirtschaftliche Unternehmen -nichts anderes stellt eine derartige Ausgestaltung dar - sind generell abzulehnen. Noch dazu ist es verwerflich, eigene Existenzängste in einem zunehmend globalisierten Marktumfeld auf dem Rücken seiner Geschäftspartner - den Zeitarbeitsunternehmen - auszutragen. Dies ist kein partnerschaftliches Verhalten.

Gerade die unerwartet schlechte Entwicklung der PSA zeigt, dass öffentliche Institutionen nicht geeignet sind, kompetente Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Arbeitsplätze würden so nicht geschaffen. Es käme zur Verschiebung von Festanstellungen bei ZA-Unternehmen hin zu prekären "one-day-jobs", welche dazu noch öffentlich subventioniert würden. Daneben bleibt zu bedenken, dass

die latente Gefahr besteht, dass feste Beschäftigungsverhältnisse innerhalb der Nicht-ZA-Betriebe sukzessive durch 1-Euro-Jobs substituiert würden. Das Resultat wäre ein weiteres Steigen der Arbeitslosenzahlen. Der Vorschlag von Herrn Wansleben mag vielleicht durch die verkrusteten Verbandsstrukturen, entwickelt aus Jahrhunderte altem Ständewesen -und geprägt von Zwangsmitgliedschaften- zu erklären sein. Legitimation erlangt eine solche von sozialistischen Mustern geprägte Denkungsweise deshalb aber keineswegs.“

BDM Zeitarbeit GmbH
Hans-Jürgen Maier
Geschäftsführer

„Mit Empörung haben wir vom Vorschlag des Herrn Wansleben vom DIHK Kenntnis erlangt, dass in Zukunft Empfänger des Arbeitslosengeldes II von den Arbeitsagenturen an Betriebe der freien Wirtschaft ausgeliehen werden sollen. Dieser Vorschlag kommt ausgerechnet von der Organisation, deren Aufgabe es ist, die Interessen der gewerblichen Wirtschaft zu vertreten und zu fördern. Wir sehen hierin existenzgefährdende Maßnahmen für alle seriösen Zeitarbeitsfirmen, da die sog. "marktgerechten Gebühren" von 3 bis 4 Euro pro Stunde eben **keine** marktgerechten Gebühren darstellen, sondern deren Gegenteil, weil mit ihnen nichts anderes als Lohn-Dumping betrieben werden soll. Wir fordern die Geschäftsführung der IG Zeitarbeit auf, umgehend und unmissverständlich auf diese Absicht und deren Folgen hinzuweisen und auf das Schärfste gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen zu protestieren.“

Mit freundlichen Grüßen

i-tegra AG für
Personaldienstleistung

Martin Urbanzyk
Vorstand

Mehmet Dagdelen
Vorstand

Sehr geehrter Herr Stolz,

vielen Dank für Ihre Mail. Hier unsere Stellungnahme dazu:

Wir überlassen hier in Hamburg vereinzelt an öffentliche Einrichtungen und stellen fest, dass hier sehr kreativ mit der "Zusätzlichkeit" der Stelle umgegangen wird. Bsp.: Eine Küchenkraft von uns, die eigentlich übernommen werden sollte, wird abgemeldet zum 17.12., ein Zivi kommt für 14 Tage bis zum 31.12. und ab 01. Januar die Ein-€-Kraft. Ein anderes Beispiel: Eine Ein-€-Kraft wird für 30 Std. in der Küche angefordert, arbeitet in der Küche aber nur 15 Stunden und die anderen 15 Std. in anderen Bereichen, die nicht zusätzlich sind. **Hierdurch werden sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet.** Mitarbeiter und Betriebsräte schreien bisher nicht auf. Viele wissen von diesem Missstand. (Ähnlich ist die Beschäftigung von Honorarkräften, die häufig selbst nicht krankenversichert sind, zu sehen). Eine Ausweitung auf alle Betriebe wäre eine Katastrophe. Wer stellt sicher, dass die Arbeit zusätzlich ist??? Niemand !! Alle sagen, dass das so nicht gedacht ist, aber eingreifen lässt sich hier nur sehr schwer. Also, unsere Unterstützung haben Sie. Wir wünschen Ihnen und uns viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

Personal-Service Westermann
Frank Westermann

Zweibrücken, 14. Jan. 2005

„Sehr geehrter Herr Stolz,

aus der Sicht unseres Unternehmens möchten wir gerne Stellung nehmen zur Forderung des Herrn Wansleben:

Es gab in der Vergangenheit schon viele Ideen zur „Finanzierung / Refinanzierung „ unserer Defizite in Deutschland. Doch derzeit keine uns bekannte noch schlechtere, in diesem Falle sogar eine Intention, im Sinne des „unlauteren Wettbewerbs“.

Sollte es tatsächlich der Fall werden, dass Arbeitsagenturen „Arbeitslose“ an Betriebe zu einer „Gebühr „????? von 3-4 EURO entliehen werden, so hieße dies mit großer Sicherheit keine Besserung der Situation sondern das große „AUS „ für die am Markt etablierten Zeitarbeitsunternehmen und für jeden derzeit im Einsatz befindlichen Leasingmitarbeiter.

Es kommt vielleicht nicht gleich zum großen „Crash“, doch es kommt sicherlich zu einer Übergangsphase auf Warteposition, zu einem Stillstand, weil kein Betrieb der eigentlich Bedarf an Leasingpersonal hätte zum eigentlichen ursprünglichen Verrechnungssatz einer Leasingfirma ordert, kann er doch auf die günstigen Arbeitslosen für ein paar EURO zurück greifen, die dann „trotzdem arbeitslos „ bleiben ! Bis diese Phase der Stagnation vorüber ist, wird mit Sicherheit bereits die eine oder andere Leasingfirma aufgegeben haben, und den Markt mit weiteren Arbeitslosen versorgen, die dann zu günstigeren Preisen arbeitslos bleiben können. Unser Sarkasmus in allen Ehren, doch Herrn Wansleben fehlt mit Sicherheit gemäß dieses Vorschlags der Bezug zur Realität !!!

Frau Dattge-Treitz / Frau Sefrin

Sehr geehrter Herr Stolz,

Nach Einführung der PSA bedeutet der Vorschlag der Ausweitung der Ein-Euro-Jobs auf die gesamte Wirtschaft, die konsequente Fortführung der Vernichtung der Zeitarbeitsbranche. Denn nicht nur die geübte Praxis einiger PSA, die Zuwendungen der Agenturen für Arbeit zum Preisdumping zu nutzen, auch die "marktgerechte" Gebühr von beispielsweise 3 oder 4 Euro, bringt vielleicht den ein oder anderen Arbeitslosen an die Arbeit, dafür aber auch viele Mitarbeiter der herkömmlichen Zeitarbeitsunternehmen als neue "Kunden" zur Agentur für Arbeit.

Mit freundlichem Gruß
aus Wickede (Ruhr)

Bernd Konschak
B E N T E
Personaldienstleistungen

Sehr geehrter Herr Stolz,

wir finden diese Art des " Verleihens" nicht in Ordnung. Zum einen bekommt der Arbeitnehmer weiterhin Arbeitslosengeld II + 1,00 €. das heißt er wird nicht nach seiner wirklich ausgeübten Tätigkeit oder seiner Qualifikation bezahlt. Zum anderen kassiert das Arbeitsamt von den Betrieben mehr Geld um seine eigenen Ausgaben zu refinanzieren. Das schlimmste jedoch ist das wir als Zeitarbeitsfirma keinem Kunden einen Mitarbeiter für 5,00 - 10,00 € anbieten können. Wir müssen uns an die Tariflöhne halten und unsere Unkosten ebenfalls von unserem verdienten Geld bezahlen. So werden wir nicht unterstützt, sondern das Arbeitsamt fällt uns in den Rücken und macht uns unsere Arbeit wieder schwerer. Es sollte unserer Meinung doch so sein, dass das Arbeitsamt uns Arbeitslose anbieten kann für die wir freie Stellen da haben. Somit ist dem Arbeitsamt geholfen, denn die Arbeitslosenzahl würde sinken und der Arbeitslose hätte einen Job, wo er eigenes Geld verdient und damit nicht mehr auf Kosten des Staates leben muss.

Mit freundlichen Grüßen!

Acito, Personaldienstleistung

Guten Tag Herr Stolz,

es erstaunt mich immer wieder, mit welchen Vorschlägen so mancher "Experte" aufwartet. Wenn ich diesen Vorschlag mal extrem weiterspinne, kann sich folgendes abzeichnen. Warum sollte ein Unternehmen eigentlich noch "normale Arbeitnehmer" bzw. Zeitarbeitskräfte beschäftigen?

Man könnte doch einfach das Personal langsam reduzieren und mit "Ein-Euro-Kräften" wieder auffüllen. Durch eine flächendeckende Reduktion von "normalen Arbeitskräften", würde es auch genügend "Ein-Euro-Kräfte" geben um den Bedarf der Unternehmen zu decken. So könnten die Unternehmensgewinne, zumindest für eine gewisse Zeit dramatisch ansteigen und z.B. Aktionären astronomische Dividende bescheren. Ist Herr Wansleben auch in einem Aufsichtsrat eines Unternehmens??

Nüchtern betrachtet werden durch solche Vorschläge die Arbeitslosenzahlen nicht reduziert werden sondern langfristig weiter steigen.

Mit freundlichen Grüßen
JB Personalleasing

Johann Buschbacher

Ps. Warum nicht gleich Zeitarbeit zu Nulltarif. Wäre doch auch ein Vorschlag.

Die Forderung der Wirtschaft die Ein-EURO-Jobs auf die ganzen Wirtschaft und nicht nur auf gemeinnützige Bereiche aus zu weiten zeigt, wie krank unsere Abzock-Gesellschaft mittlerweile geworden ist. Die unprofessionelle Arbeitgeberforderung zeigt, wie unfähig Wirtschaft, Politik und Gewerkschaft sind - endlich Arbeitsmarktreformen "zusammen" anzupacken. Man sitzt lieber weiter zusammen in der Achterbahn und versucht auf der Schussfahrt nach unten die Fahrtgeschwindigkeit durch die Hintertür, mit Ein-Euro-Jobs und "anderen tollen Ideen" zu bremsen. Auch die Förderung der Agentur für Arbeit bei PSA Eingliederungsmaßnahmen hat keine erdrutschartige Verbesserung gebracht. Selbst die EU muss mittlerweile feststellen, das durch Subventionen die Probleme auf Dauer nur noch potenziert werden. Ich hoffe für uns alle in Deutschland, dass es wieder mehr Menschen geben wird, die durch visionäre Ziele versuchen Deutschland aus seinem Dornröschenschlaf wach zu küssen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Schulz
Geschäftsführer

PersonalPower Dienstleistungs GmbH & Co.KG
Ludwigsplatz 6, D-64283 Darmstadt

Betreff: Neue unlautere Konkurrenz für Zeitarbeit (Schreiben an IHK)

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Martin Wansleben, will nach Presseberichten in dieser Woche Empfängern des Arbeitslosengeldes II „wie in der Zeitarbeit“ an Betriebe ausleihen. Gegen diesen Vorschlag hat es bereits zahlreiche Proteste gegeben.

Wir als Zeitarbeitsfirma mit ca. 500 Mitarbeitern bei 15 Niederlassungen schließen uns diesem Protest an.

Nach dem es der Bundesregierung nicht gelungen ist, über Equal Treatment die Zeitarbeitsbranche erkennbar in die Knie zu zwingen, ist der Vorschlag von Herrn Wansleben darauf ausgerichtet, die noch überlebenden Zeitarbeitsfirmen nunmehr endgültig in den Konkurs zu treiben. Die Zeitarbeitsbranche einerseits hofiert, über die Hartz - Gesetzgebung (siehe PSA beispielsweise) kann nicht schon wieder als Sündenbock herangezogen werden, für die derzeitig desolante und wenig erfolgreiche

Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Als Sündenbock, mit der Maßgabe über völlig unsoziale Ein-Euro-Jobs gänzlich die Aufträge zu verlieren, da sich künftig naturgemäß die freie Wirtschaft dieser billigen von der Agentur für Arbeit subventionierten Arbeitskräfte bedienen wird und der Zeitarbeitsbranche somit sämtliche Aufträge entzieht.

Wir gehen davon aus, dass der von Herrn Wansleben gemachte Vorschlag einer Bierlaune entsprach und, dass dieser Vorschlag nicht ernsthaft weiter in Erwägung gezogen wird.

Mit freundlichen Grüßen

**HPS Hundeshagen
Personal Service GmbH**

- Geschäftsführer -
Harald Hundeshagen

Sehr geehrter Herr Stolz,

sicher wäre dieses Modell eine Art Konkurrenz zu den existierenden ZA Firmen. Allerdings haben die ZA Firmen schon einige gute Modelle vom AA (Bsp. PSA) überlebt. Sind wir doch einmal ehrlich, den Ämtern fehlt das passenden know how und das Durchhaltevermögen. Denke wir werden hier die Vorreiterstelle behalten.

Mit freundlichen Grüßen

Dipl. Kauffrau
Anja Wolf
Regionalleitung

„Büroring“ Personalmanagement GmbH
Augustusplatz 7
D - 04109 Leipzig

Fachbetrieb für Elektrotechnik und Maschinenbau seit 1988 in Nordhorn tätig. Dreher – Fräser
Rohrschlosser und Schweißarbeiten Erlaubnis unbefristet seit 1992

ReWo Zeitarbeit GbR , Mittelstraße 13 , 48529

Nordhorn 13.01.05

iGZ e.V.
Hüfferstraße 9-10

48149 Münster

Bezug: Ihr Schreiben Neue unlautere Konkurrenz für Zeitarbeit

Sehr geehrter Herr Stolz,

als Inhaber einer mittelständischen, alteingesessenen Zeitarbeitsfirma wissen wir aus eigener Erfahrung, was dieser Schritt auf dem Zeitarbeitsmarkt für unsere Branche bedeuten würde.

Es ist schon schlimm genug dass die Einführung des „Hartz IV“ einmal mehr, wie so oft im Leben die sozial Schwächeren trifft. Sind es nicht gerade die Zeitarbeitsfirmen die Ihre Mitarbeiter aus dem Arbeitslosenpool rekrutieren, bzw. Sozialhilfeempfänger, heute sogen. Arbeitslosengeld II Empfänger eine Chance auf dem Arbeitsmarkt geben? Was hat sich der Herr Wansleben wohl dabei gedacht? Soll damit etwa aus der Not eine Tugend gemacht werden?

Auf dem Arbeitsmarkt stehen gerade die Zeitarbeitsfirmen im ständigen Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern. Deshalb unterliegen Lohnhöhe, Sozialabgaben und sonstige Leistungen auch hier insbesondere, den marktwirtschaftlichen Gesetzen und besonders auch dem regionalen Lohnniveau. In der Regel sind unsere Mitarbeiter nicht schlechter gestellt als Mitarbeiter gleicher Industrie oder Handwerksfirmen. Die Umsetzung dieser angedachten Praktik würde nahezu eine Revolution in der Zeitarbeitsbranche auslösen dürfen. Folgeerscheinungen wären sicherlich eine größere Anzahl Insolvenzen von Zeitarbeitsfirmen. Eine große Anzahl der davon betroffenen Mitarbeiter würde über „kurz oder lang“ mit großer Wahrscheinlichkeit wieder dem Arbeitslosengeld II zugeführt, womit sich der Kreis mal wieder schließen würde.

Wer würde daraus einen Nutzen ziehen können? Doch sicherlich nur die Industrie – und Handwerksbetriebe die dann aus dem Billigpool schöpfen und voraussichtlich nach 12 Monaten, auf den ehemaligen Zeitarbeiter (X) zurückgreifen, der mittlerweile nach Hartz IV bezahlt wird, jedoch nur noch ein viertel oder ein fünfteil des Betrages kostet, wie ehemals von der Zeitarbeitsfirma.

Klingt verführerisch??? Warum sollte sich ein Arbeitgeber zieren, vom „**Billigangebot**“ Gebrauch zu machen? “ Wäre ja schön blöd“. Nach dem Gesetz der großen Zahl gibt es -- **leider** – überall „**Schwarze Schafe**“! Hier sehe ich die große Gefahr dass Industrie und Handwerk verstärkt auf diese **üble Praktik** zurückgreifen und aus der Not, der Hartz IV Mitarbeiter, eine Tugend machen. Es ist auch nicht von der Hand zu weisen, das Qualität und Produktivität einen üblen Nachgeschmack bei „**Made in Germany**“ hinterlassen könnte! Hier wäre der Preis einfach zu hoch für unsere Wirtschaft.

Schluss mit dem Unfug!

So eine unqualifizierte Arbeitsmarktpolitik darf in unserem Staat nicht länger geduldet und weiter betrieben werden. Hier stehen nicht nur die verantwortlichen Politiker im Wort, nein und nochmals nein, hier sind Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften gefordert, solche Fehlentscheidungen schnellstens zu korrigieren und zu unterbinden. Mit Entscheidungen dieser Güte bescheinigen sich die Arbeitsagenturen nahezu Unfähigkeit und Hilflosigkeit zu gleich. Eine Refinanzierung, Arbeitsmarkts politischer Fehlentscheidungen, darf nicht zu Lasten des florierenden Zeitarbeitsmarktes ausgetragen werden. Das ist auch bestimmt nicht im „Sinne des Erfinders“!

Klaffende Finanzlöcher der Arbeitsagenturen und der 67 Landkreise, die die Klientel Arbeitslosengeld II verwalten, und somit verantwortlich für diesen Kreis, dürfen nicht auf den Schultern der Zeitarbeitsfirmen gestopft werden, weil damit uns und unseren Mitarbeitern jede Existenzgrundlage genommen wird, ein florierender Arbeitsmarkt gefährdet ist, und so manche Zeitarbeitsfirmen vor dem AUS stehen wird.

Die Umsetzung dieses Modells darf nicht statt finden! Hier muss mit vereinten Kräften und allen Mitteln massiv gegengesteuert werden.

Eine solche Arbeitsmarktpolitik ist gegenüber uns und unseren Mitarbeitern einfach unverantwortlich

Schlicht.....

Wir sind dagegen!!!

Mit freundlichen Grüßen

Reimund Wolf
ReWo Zeitarbeit GbR

Mittelstraße 13
48529 Nordhorn

wolf.rewo@ewetel.net
Tel. : 05921 / 81920-30
Fax. :05921 / 81920-60

Sehr geehrter Herr Stolz,

zunächst einmal begrüßen wir dieses Engagement und möchten dazu wie folgt Stellung nehmen:

Es erscheint einem völlig Unbeteiligten als sinnvoll, Arbeitskräfte, die durch die Allgemeinheit finanziert werden für allgemein nützliche Tätigkeiten in Kommunen und Wohlfahrtsverbänden einzusetzen. Im Raum liegt der Gedanke der Bereitstellung von öffentlichen Gütern in Form von Personaldienstleistungen, für die es keine Preisbereitschaft gibt und daher vom Staat bereitgestellt werden müssten. Da liegt es nah, dem Arbeitslosengeld, als ein Teil von Personalkosten des Staates gesehen, eine Gegenleistung in Form von gemeinnütziger Arbeit zu schaffen.

Das diese Leistungen heutzutage vor allem auch nach mikroökonomischen Gesichtspunkten durchaus auch von privaten Unternehmen geleistet werden können, sieht man an den Privatisierungsmaßnahmen des Staates und der bei völlig unzureichender Organisation sich entwickelnden Preisbereitschaft der Bezieher und Nutzer. Aus diesen Gründen sollte demnach auch generell über die laut werdende Planung nachgedacht werden.

Öffnet man diesen Markt privaten Unternehmen, schafft man einen neuen Arbeitskräftemarkt im totalen Lohn - Dumping - Niveau.

Das verändert natürlich auch das Minimalkostendenken von Unternehmen insofern, als dass á la Henry Ford Arbeitsschritte immer weiter vereinfacht und standardisiert werden könnten, so dass man die Arbeitsplätze mit jederzeit austauschbaren Ein - Euro - Jobbern be- und ersetzen könnte. Ein solches Vorgehen wird natürlich nur in Teilbereichen eines Unternehmens stattfinden können und auch nicht von jedem hoffnungslos ausgenutzt werden. Jedoch sind wir nun mal nicht altruistisch veranlagt, es verbleibt der Gedanke sich doch kurzfristig zumindest für gewisse Tätigkeiten, die scheinbar auch nicht ausschließlich Hilfstätigkeiten sein müssen, jemanden vom Arbeitsamt leihen zu können und das für vier Euro in der Stunde!

An dieser Stelle kommen die Zeitarbeitsunternehmen auf die Tagesordnung. Noch im Standpunkt-papier der Hartz - Kommission wurden diese als Motor der Wirtschaft erkannt und durch, na ja, politischen Zwang in Tarifverträge gezwungen, um das Schmutzimage zu verbannen. Zum Teil sind die Arbeitsbedingungen mit Tarif heute schlechter als zuvor und die Unternehmen arbeiten mit hohen außertariflichen Zulagen um Altverträgen gerecht werden zu können, aber das soll hier nicht diskutiert werden.

Zeitarbeitsunternehmen können aber viel mehr als nur den Einstieg ins "normale" Arbeitsleben ermöglichen, sie können "normales" Arbeitsleben sein. Denn Unternehmen wollen Flexibilität schaffen und Risiken der Festanstellung minimieren. Dadurch entstehen langfristige Überlassungen an einen Kunden und langfristige Beschäftigungsverhältnissen bei Zeitarbeitsunternehmen, die mehr als andere auf Branchenentwicklungen und Auftragsschwankungen reagieren können. Zeitarbeitsunternehmen sind längst erster Arbeitsmarkt.

Der so genannte zweite Arbeitsmarkt war also zumindest auf dem Papier geschaffen, jetzt soll also ein dritter folgen.

Man könnte behaupten, dass die von Ein - Euro - Jobbern ausgeführten Arbeiten ansonsten gar nicht ausgeführt würden, sodass durch die überaus generöse, weil von der Allgemeinheit bezahlten, Bereitstellung von Billigkräften, zusätzliche Arbeit geschaffen werden kann, die ansonsten gar nicht bedient werden würde. Das ist jedoch falsch, denn ein Zeitarbeitsunternehmen kann auch genau das leisten, mit dem größten und wichtigsten Unterschieden, nämlich ohne katastrophale Wettbewerbsverzerrung, ohne Finanzmittel der Allgemeinheit und mit sozialversicherten und steuerzahlenden Beschäftigten.

Letztlich bleibt der Blick auf den PSA - Erfolg. Es erscheint doch aufgrund der Erfahrungen eher fragwürdig, ob die, durch die Arbeitsagenturen eingenommen bestenfalls drei Euro pro Stunde, zur Refinanzierung von irgendwas dienen können. Die Arbeitsagentur hat bis heute nicht den Eindruck eines schlanken, schnell reagierenden Unternehmens gemacht. Die Fülle an einzuhaltenden Regelungen, Formalien aller Art und Unkenntnis könnte den Grad der Synergien aus der Verwaltung von Arbeitslosen weit übersteigen. Die zur Implementierung dieses Geschäftszweigs notwendigen Transaktionskosten könnten dementsprechend überdimensional groß sein.

Auf diese Weise besteht, ohne Schwarzmalerei betreiben, sondern aufgrund von Erfahrungen schlussfolgern zu wollen, die Gefahr einen zusätzlichen Kostenapparat aufzubauen, der gar nichts refinanziert, einem Marktinstrument wie der Zeitarbeit unlautere Konkurrenz macht, das Potential an dieser zusätzlichen Arbeit mit Kräften abschürft, die nicht in Sozialversicherungen und Steuerkassen einzahlen und einen von der Allgemeinheit unterstützten Lohn - Dumping - Markt erst erschafft, der seinesgleichen sucht, den dritten?!

Mit freundlichen Grüßen
Brinkmann GmbH & Co. KG

Mathias Körner

Hallo Herr Stolz,

Die Umsetzung dieser Idee führt zu einem **staatlich subventionierten Billiglohn** in Deutschland.

Der Staat schädigt die Zeitarbeitsbranche, die Betriebe müssen entlassen und ein Teil des Klientels wird Hartz IV empfänger werden. Der Staat vernichtet so nicht nur Arbeitsplätze sondern sorgt für ein Wachstum bei den Ausgaben für Arbeitslose bzw. Hartz IV -Empfänger.

Nicht die Ursachen für die Arbeitslosigkeit, sondern die Auswirkungen bei den Sozialkassen und den Betrieben (hohe Personalkosten durch staatliche Zwangsabgaben wie IHK, arbeitgeberseitige Sozialversicherungsbeiträge, unverhältnismäßig hohe Ausgaben usw.) werden vermeintlich bekämpft.

Herr Wansleben scheint hier die Auswirkungen seiner Ideen nicht zu Ende zu denken.

Das Einführen eines staatlich subventionierten Billiglohnes mit Millionenpotenzial führt zu einer mittelfristigen Entlassungswelle bei den Stammbeschafteten. Überall wo es geht werden die Betriebe reguläre Mitarbeiter durch "Lohndumper" ersetzen.

Adieu mit Sozialstaat und relativem sozialen Frieden. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich werden sich verstärken, der Boden für agitative Kräfte und extreme Gruppierungen bereitet.

Ein Horrorgedanke, Herr Wansleben denken Sie endlich zu Ende und nicht nur isoliert und rudimentär.

Georg Sommer

Sehr geehrter Herr Stolz,

wir wissen, dass unser Staat nach Wegen sucht, das Problem - hohe Arbeitslosenzahlen - zu lösen. Das ist auch richtig so, denn das ist seine Aufgabe. Dabei bleibt aber die Kommunikation mit den Wirtschaftspartnern außen vor. Offensichtlich ist auch der DIHK egal, wie das geschieht.

Nach unseren Vorstellungen sollte ein Vorschlag erarbeitet werden, wie diesen Menschen geholfen werden könnte. Die Tarifverhandlungen sind möglicherweise ein Ansatz. Herrn Wansleben geht es darum, die Menschen wieder in den Gesamtprozess einzufügen. Warum nicht und warum nicht auch über die Möglichkeiten der Zeitarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Hartmut Pfuhand
Personal-Service für die Gastronomie
Pfaffendorfer Str. 12, 04105 Leipzig

Der Vorschlag des Herrn Wansleben zeigt erneut, dass die IHK keinerlei Interesse an einem funktionierenden Markt für Zeitarbeit hat. Es mag ja sein, dass Herr Wansleben die Interessen einiger Mitgliedsbetriebe vertritt - aber nicht die der Zeitarbeitunternehmen – die IHK-Mitglieder sind ob sie wollen oder nicht. Als Gesellschafter und Geschäftsführer der AIDe GmbH kann ich Ihnen nur mitteilen,

dass die IHK für den Beitrag den Sie von meinem Unternehmen fordert, in mehr als 15 Jahren keine Gegenleistung für den jährlich zu leistenden Pflichtbeitrag geleistet hat. Und jetzt auch noch das! Wann wird die Pflichtmitgliedschaft zu diesem selbstgefälligen, sich ausschließlich selbstverwaltenden Verein endlich abgeschafft? Eine Initiative des iGZ in dieser Richtung würde von mir gerne aktiv unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen

AIDe GmbH

Karl Nothhaft

Sehr geehrter Herr Stolz,

Ihren Artikel über die "neue unlautere Konkurrenz" habe ich mit großem Interesse gelesen.

Hier soll gerade das propagiert werden, was der Zeitarbeitsbranche oft vorgehalten wird nämlich Ausbeutung der Arbeitskraft an sozial Schwachen. Eine Unverschämtheit 3 - 4 Euro als marktgerechte Überlassungsgebühr zu bezeichnen. Ein eindeutiger Versuch zu Lasten der Zeitarbeitsbranche billige Arbeitskräfte zum Wohle der Industrie auf feste Arbeitsplätze zu beschäftigen. Wir lehnen diesen Vorschlag strikt ab. Personaldienstleistung muss Aufgabe der Zeitarbeitsbranche bleiben und darf nicht auf diese Art und Weise unterlaufen werden.

Mit freundlichen Grüßen

AKUT Personalservice GmbH
Wolfgang Renner
Geschäftsführender Gesellschafter

Sehr geehrter Herr Stolz,

in der Tat hätte der Vorschlag von Herrn Wansleben für unsere Branche katastrophale Auswirkungen. Viele unserer Kunden würden dieses Angebot sofort nutzen. Jeder 1 EURO-Job würde effektiv einen Arbeitsplatz eines Leiharbeitnehmers vernichten.

Arbeitsmarktpolitisch wäre damit überhaupt nichts gewonnen. Außerdem wird unserer Meinung nach damit auch der Tarifvertrag ad absurdum geführt. Sollten sich in den nächsten Tagen weitere "Wirtschaftsführer" auf die Seite von Herrn Wansleben schlagen, so ist zu befürchten, dass diese Geschichte sehr schnell eine Eigendynamik erhält, der schwer entgegen zu steuern sein wird. Wir halten deshalb sofortige Aktionen unseres Verbandes für unumgänglich und werden uns daran auch beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

Effenberger & Klaus GmbH
Karlheinz Klaus

Sehr geehrter Herr Stolz,

die ständigen Berichterstattungen in der täglichen Presse zu diesem Thema führen nicht gerade zu beruhigenden wirtschaftlich Rahmenbedingungen, die wir als Unternehmen brauchen um erfolgreich Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt schaffen zu können, wie auch um Gewinne zu erzielen und letztendlich Steuern bezahlen zu können. Die Idee Arbeitslose für 1 € (oder 3 € oder 4€) zu verleihen, entbehrt jeder Logik, denn warum sollte der Auftraggeber sich nicht ständig neue billige Arbeitskräfte vom Arbeitsamt je nach Bedarf holen. Damit geht kurz- und langfristig der erste Arbeitsmarkt im sowieso schon niedrig entlohnten Helferbereich verloren. Der volkswirtschaftliche Schaden wäre durch weitere Arbeitslose größer als der Spareffekt bei den Arbeitsämtern. Arbeitsämter haben die Aufgabe Arbeitslose zu vermitteln, ob die rechtliche Grundlage da ist, nach der das Arbeitsamt wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen selbst " verleihen" kann, sollte geprüft werden.

Wir bitten Sie massiv nicht nur für unsere Branche zu intervenieren, dass Arbeitslose nicht in der Privatwirtschaft, sondern nur für gemeinnützige Arbeiten herangezogen werden können. Dies sollte zu-

sätzlich von Kontrollinstanzen überwacht werden, damit kein Missbrauch und Wettbewerbsverzerrung entsteht.

Viele Grüße und viel Erfolg wünschen Ihnen

Cowa Personal-Service GmbH
Jesko Hutzmann

Sehr geehrter Herr Stolz,

wir haben diesen absurden Vorschlag in den Fernsehnachrichten gehört und konnten es nicht fassen! Sollte dieser Vorschlag umgesetzt werden in die Praxis, ist dies der Tod der Zeitarbeit! Der Position von Herrn Wansleben sollte man zwar Anderes unterstellen, aber hier kann es sich doch nur um eine total unqualifizierte, unüberlegte Aussage handeln - die 1-€-Jober würden unter Vertrag stehende Zeitarbeitnehmer aus der Arbeit drücken - was wäre damit gewonnen?! Wir bitten Sie, als unseren Verband, auf das Schärfste gegen diesen Vorschlag zu protestieren und alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit diese "branchentötende" Phantasie nicht Wirklichkeit wird.
Mit freundlichen Grüßen

Wilhelm Palme
Marliese Palme

EuroTeam Wilhelm Palme e.K.
Arbeitnehmerüberlassung
Carl-Benz-Straße 1
69115 Heidelberg

Sehr geehrter Herr Adjemian,

heute dürfen wir Ihnen "aktuelle Informationen" schicken. Allerdings sitzen wir diesmal nicht so ganz in einem Boot, wenn der Hauptgeschäftsführer des DIHK solch "unsinnige" und sogar unlautere Vorschläge macht.

Damit greift er einen Großteil Ihrer Mitglieder zu Gunsten der Arbeitsagentur an!

Wie wir Sie kennen, sind auch Sie vielleicht etwas anderer Ansicht als Herr Wansleben?

Bevor wir uns weitere "Protestaktionen" überlegen bzw. wir uns solchen anschließen, interessiert uns Ihre Meinung.

Mit freundlichen Grüßen
ZEIT-PERSONAL AUGUSTA GMBH
Manfred Schäfer

Es ist erschüttern, wie „marktgerecht“ die Arbeitsagenturen agieren!!!! Ich bin empört!!! Diese „Nicht-Markt-Kenner“ übersehen ganz klar, dass dann mindestens 90 % der Zeitarbeitnehmer die Arbeitslosenzahlen immens erhöhen werden. Das ist wieder mal ein Knalleffekt nach hinten – genauso geschehen bei den PSA's. Welcher Betrieb würde einen MA, der ihn über PSA oder AA nur wenige Euro kostet, denn noch in seinen Betrieb direkt übernehmen wollen?????

Der gesamte Wirtschaftszweig der ZA würde damit ad absurdum geführt, die Kosten für die Arbeitsagenturen würden immens steigen – von den Arbeitslosenzahlen ganz zu schweigen.

Ich frage mich mittlerweile fast täglich, mit welcher Vorbildung solche Entscheidungsträger solch wirtschaftsunsinnige Vorschläge unterbreiten dürfen????!!! Deren Gehälter werden doch ausschließlich aus der Staatskasse finanziert, die sich wiederum nur aus den Sozialabgaben füttern lassen.... Das ist pure Schizophrenie, reine Deeskalation mit Effekten, die unsere Wirtschaft nun wirklich nicht mehr verkraften kann.

Ich hoffe sehr, dass diesem Herrn noch der „Lichtblick“ trifft und er ganz schnell diesen Unsinn unterlässt!!!!

Soll Herr Wansleben doch uns diese MA für 3 – 4 Euro zur Verfügung stellen, wir setzen sie in Kundenbetrieben so ein, dass der Kunde auch dann ein Interesse hätte, diesen zu übernehmen. Ein Herr Wansleben kann das nicht!!!!!! Aber WIR !!!!!

Mit freundlichen Grüßen aus Hanau

Elfi Wiesner

Sehr geehrter Herr Stolz,

ich hätte mich wahrlich über eine positivere Nachricht gefreut. Seit Bestehen der Zeitarbeitsbranche wird darum gekämpft als "normales Unternehmen" akzeptiert und anerkannt zu werden. Grundsätzlich wurde dieser Branche von verschiedenen Seiten Steine in den Weg gelegt.

Zur Erinnerung:

Befristete Überlassungsdauer von 1972 - 2003

Vertrag in der Muttersprache

Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern (teilweise Verweigerung von Vermittlungen der Arbeitslosen an Zeitarbeitsunternehmen)

Vermittlungsverbot

Kontrollsystem durch die LAA

Synchronisationsverbot

Überlassungsverbot im Bauhauptgewerbe

Bestreben, die Zeitarbeitsbranche gänzlich zu verbieten.

Mit der Reform des AÜG und Inkrafttreten der Tarifverträge für die Zeitarbeit glaubten wir an die Anerkennung dieser Branche. Doch weit gefehlt. Wir werden mal wieder benutzt oder ausgenutzt wie es den Herren gefällt. Zunächst die Wettbewerbsverzerrung durch die PSA und jetzt der Verstoß von Herrn Wansleben, die Empfänger von ALG II an Betriebe auszuleihen. Selbst wenn der ein oder andere Unternehmer von dem Angebot kein Gebrauch macht, so wird es eine weitere Möglichkeit sein, uns einem weiteren Preisdruck auszusetzen. Von den Auftragseinbrüchen ganz zu schweigen. Ich bin seit 32 Jahren in dieser Branche tätig. Im Laufe meiner Zeit habe ich viele Mitarbeiter für diese vielseitige Branche begeistern können. Doch seit geraumer Zeit kann einem bei derartigen Ansichten der Spaß vergehen.

Ich kann nur hoffen, dass dieser Gedanke keine Befürworter findet.

Mit freundlichem Gruß

Teilzeit M. Thiele, Bielefeld

Udo Schlüter

Sehr geehrter Herr Stolz,

zusätzliche Kritik und negative Stellungnahme werden aufgrund der Thematik sicherlich zahlreich bei Ihnen eintreffen, daher habe ich versucht einen Lösungsvorschlag zu finden der zumindest unsere Branche nicht belastet:

Überlassung der Arbeitslosen aus dem Harzt II Model zusätzlich nur an das Baugewerbe.
Damit schlägt man evtl. zwei Fliegen mit einer Klappe.

- 1) Man kommt der Zeitarbeit nicht ins Gehegte
- 2) Man unterstützt die gebeutelte Baubranche

Diese "Überlassung" müsste aber mit der Versicherung der Unternehmen gekoppelt werden, keine eigenen Mitarbeiter frei zu setzen.

Alles andere sind Gedanken die an Unsinnigkeit schon fast nicht mehr zu überbieten sind. Man könnte dieses Model auch in Arbeitsvernichtungsmaschine umbenennen. Denn es ist vorprogrammiert, dass nicht nur den ehe schon gebeutelten Zeitarbeitluntenen damit der Gar ausgemacht wird (zumal ich eine rechtliche Vorgehensweise dieser Idee sowieso als sehr fragwürdig ansehe), sondern auch viele Unternehmen Ihre eigenen Mitarbeiter entlassen würden und sich der so genannten drei- vier Eurokräfte bedienen würden. Soll heißen: vorne die billigen rein und hinten die teuren raus.

Dieses Model ist ein sehr unüberlegter Schnellschuss. Man muss sich allen ernstes mit der Frage stellen ob Herr Wansleben überhaupt weiß wovon er da spricht und nach welchen Strohhalmen er anschließend noch zu greifen versucht?

MfG

Jürgen Aurin

Sehr geehrter Herr Stolz,

bitte demonstrieren Sie in aller Deutlichkeit unsere ablehnende Haltung gegen die Forderung des Herrn Wansleben. Die dadurch entstehende Wettbewerbsverzerrung dürfen wir so nicht hinnehmen!

Ihnen weiterhin viel Erfolg und ein gutes Jahr 2005.

Grüße aus Georgsmarienhütte

Walter Brinkmeyer
BIM-GmbH

Dies würde unabsehbare Folgen für das Lohngefüge in Deutschland haben und die Löhne, zunächst im Niedriglohnbereich, aus den Ankern reißen. Die Folgen für die Zeitarbeit wären katastrophal. Der gesamte Arbeitsmarkt würde auf den Kopf gestellt. Verstehen wir die Gewerkschaft als Marktteilnehmer, ist diese jetzt gefordert. Die Arbeitskosten müssen wieder bezahlbar und wettbewerbsfähig gemacht werden. Mit jeder EU-Erweiterung und fortschreitender Globalisierung des Weltmarktes kann dies nur vorrangiges Ziel sein. (Nur mit einer gestärkten Wirtschaft sind die fiskalischen Probleme unserer Zeit zu bewältigen.) Also: Befreiung der Arbeitskosten von den Umlagen für Sozialaufgaben der Allgemeinheit und keine weitere Subventionierung von Löhnen. Das wäre ein nachhaltiger Befreiungsschlag! Das bleibt aber wohl nur ein Traum...

Ich kann die Forderung nur vor diesem Hintergrund (und als Hilferuf) verstehen als Aufforderung an die Politik, das Problem 'Arbeitskosten' nicht aus dem Blick zu verlieren. Unser Sozialfrieden steht auf dem Spiel, wenn der Staat nun als Billig-Arbeitgeber (-Verleiher) auftritt und damit normale Arbeitsverhältnisse abschafft bzw. ersetzt. Die fehlenden Sozialabgaben würden die verbleibenden Arbeitsplätze nochmals verteuern. Ausgemalt wäre dies ein aberwitziges Szenario. Wir muten unseren Arbeitnehmern immer mehr Disziplin und Verzicht zu. Es ist schon beschämend, dass Herr Wansleben im Gegenzug weitere Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit schicken will, um sie durch subventionierte Arbeitnehmer wieder billigst ersetzen zu können. Ich bin kein Freund der teilweise überzogenen, als 'Fürsorgepflicht' bezeichneten sozialen Verantwortung des Arbeitgebers gegenüber seinen Arbeitnehmern. Aber nun jegliche ethischen Grundwerte über Bord zu werfen und mit "Ein-Euro-Mitarbeitern" zu spielen, ist äußerst bedenklich. (Reicht PSA nicht schon?)

Gruß

Reinhard Habig - **AL-Zeitarbeit**

Interessante Idee.

"Endlösung": Wirtschaftlich arbeitende Betriebe werden durch mit Steuergeldern finanzierte und damit konkurrenzlos billige Staatsbetriebe ersetzt. Dieser Prozess ist längst im Gange. Beispiele: Personal Service Agenturen oder sog. Gemeinnützige Betriebe, die auf Kosten der Allgemeinheit steuerzahlen-

de Betriebe verdrängen. Offenbar hat niemand aus dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in den Ostblockstaaten gelernt. Armes Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen
Kurt Mohrmann

AJM Personalservice GmbH
Bremer Heerstraße 73 * 26135 Oldenburg

Wie der Hauptgeschäftsführer der DIHK so etwas überhaupt in Erwägung ziehen kann, ist für uns als Zeitarbeitsunternehmer unbegreiflich. Nicht nur, dass dadurch alle Zeitarbeitsunternehmen in den Konkurs getrieben werden (Dumpingpreise), es werden mit Sicherheit viele Firmen Stammpersonal entlassen und sich für 3,-/ 4,- € M.A. einstellen. Hat er gar nicht bedacht, dass die Arbeitslosen die dadurch entstehen viel höhere Kosten verursachen, als die 1,- € Jobs einbringen?

Flexibilität auf den Arbeitsmarkt ist gefragt, aber nicht so!! Es ist schon viel Schwachsinn von unseren Herren Politiker in der letzten Zeit verzapft worden, aber dieses würde alles übertreffen.

M.f.G.

Ideal Nordhorn GbR
Fusion Der Handwerkerpartner/ Private Arbeitsvermittlung

Sehr geehrter Herr Stolz,

man könnte sich hier sehr ausgiebig und auch abfallend über einen solch unüberlegten Vorschlag äußern. - Bringt aber nichts – leider gehört es mittlerweile zum Alltag dass jeder Hinz und Kunz sich mit kurz gedachten Geistesergüssen in der Öffentlichkeit profilieren will. Gerade von einem Hauptgeschäftsführer der IHK habe ich aber etwas mehr Weitsicht erwartet. – Pech, er ist halt auch nur so einer –

Wir sind nur eine kleine Zeitarbeitsfirma und es ist schwierig genug bestehen zu können, da benötigen wir solchen Schwachsinn nun wirklich nicht.

Also: Von KMO Zeitarbeit kommt zu einem solchen Vorschlag nur **Riiiiiiiesen - Protest**

Mit freundlichen Grüßen

Horst Kraus

KMO Zeitarbeit
Industriestrasse 2 b
D-37120 Bovenden

Sehr geehrter Herr Stolz,

ich kann diese Aktion des iGZ nur begrüßen.

Wir, ambas Personalservice, sind bereits jetzt betroffen von den 1-Euro-Jobs. ambas Personalservice ist auf die Überlassung von medizinischem und pflegerischem Personal spezialisiert. Und in diesem Bereich gilt diese Regelung ja bereits. Schon im Vorfeld (Herbst 2004) starteten wir persönliche Kundenbefragungen bezüglich des Einsatzes der 1-Euro-Jobber. Die Kunden gaben uns die Informationen, dass, wenn überhaupt, diese Arbeitskräfte nur für die Bereiche "Grünanlagenpflege", "Rollstuhlreparaturen etc." und "begleitende Dienste" eingesetzt werden sollten. Vom Arbeitsamt Hannover erhielten wir jedoch die Auskunft, dass (nur von den karitativen Einrichtungen) der Bedarf für ca. 2000 Kräfte angemeldet wurde. Nun stellt sich für uns die Frage, ob denn wirklich 2000 Gärtnerhilfen benö-

tigt werden oder ob, wenn auch anfangs noch versteckt, die Arbeitskräfte bei Eignung in der Pflege nach und nach mit eingesetzt werden sollen.

Bereits im vergangenen Jahr konnten wir feststellen, dass in vielen Pflegeeinrichtungen vermehrt mit Praktikanten gearbeitet wurde um Kosten zu sparen. Dies hängt sicherlich auch mit der Einführung der DRG's zum 01.01.2004 zusammen, aber jedoch nicht nur damit. Über die politischen Entscheidungen bezüglich des Gesundheitssystems möchte ich mich jetzt hier jedoch nicht weiter "auslassen". Klar ist jedoch, dass viele Pflegeeinrichtungen um ihr Überleben kämpfen müssen (wie ja auch ständig aus der Presse zu entnehmen ist) und Personal ist nun einmal der teuerste Faktor.... Und es ist immer noch billiger eine 1-Euro-Arbeitskraft (ein Interesse an der Pflege vorausgesetzt) einzuarbeiten und für eine begrenzte Zeit einzusetzen, als feste Mitarbeiter einzustellen. Gerade für die Tätigkeiten der Pflegehelfer wird keine Berufsausbildung vorausgesetzt. In diesem Bereich arbeiten schon jetzt viele angelehrte Kräfte. Warum also nicht auf die noch billigeren 1-Euro-Jobs zurückgreifen??? Ich finde diese Entwicklung fatal, kann aber die Beweggründe der Kundenunternehmen durchaus nachvollziehen. Denn einfacher lassen sich die Personalkosten doch gar nicht senken. In den Pflegeeinrichtungen, egal ob karitative oder private Einrichtungen, herrscht überall Personalnotstand. Das ist kein Geheimnis. Aber es fehlt auch an Geld um Personal auszuleihen...Was liegt also näher als sich mit 1-Euro-Jobs auszuhelfen???

Für uns als Zeitarbeitsunternehmen könnten diese 1-Euro-Jobs jedoch bald ein "AUS" bedeuten. Gerade durch unsere Spezialisierung haben wir uns in den vergangenen Jahren vom Wettbewerb abgehoben und sind dadurch zum Marktführer (Medizin & Pflege) in Hannover geworden. Nun kann es sein, dass uns gerade diese Spezialisierung aber auch das Genick brechen wird. Bereits im vergangenen Jahr hatten wir massive Umsatzeinbrüche und für dieses Jahr sehe ich, gerade mit den 1-Euro-Jobs, keine Verbesserung auf uns zukommen. Im Gegenteil. Wir sind hier sehr gespannt auf die weitere politische Entwicklung.

Mit freundlichen Grüßen

Daniele Klatt
Geschäftsführung
ambas Personalservice
Lister Meile 89
30161 Hannover

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist uns unverständlich, warum die Regierung/Bundesanstalt für Arbeit, den Zeitarbeitsunternehmen ständig durch unsinnige Gesetze/Maßnahmen (u.a. Equal Pay) die Existenz gefährdet. Man sollte froh sein, dass es uns gibt, denn wir sind ja gerade maßgeblich daran beteiligt, Arbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Offensichtlich hat das noch keiner von den Herren begriffen.

Mit freundlichem Gruß

TEMPORENT Personalleasing GmbH
Ingrid Kesper
Sendlinger Str. 2
80331 München

Sehr geehrter Herr Stolz,

unsere Unternehmung betreibt keine operative Zeitarbeit, sondern ist eher im Beratungsumfeld für Personaldienstleister angesiedelt. Dennoch besitzt unser Team ausreichend potential um mit der von Ihnen gestellten Frage umzugehen. Nach unserer Meinung gibt es für die Zeitarbeit keine Nachteile hierdurch. Harz IV betroffene sind in der Regel minder qualifiziert oder haben irgendein Manko, welches es Ihnen nicht erlaubt im ersten oder zweiten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Ausnahmen gibt es jedoch. Also kann man sagen, dass die Qualität der Arbeitskraft vielleicht etwas geringer ist. Wir sind davon überzeugt, dass sich keine Zeitarbeitsunternehmung mit diesen Mitarbeitern belasten möchte. Natürlich aus dem Grund dem Kunden gegenüber keine neuen Probleme zu beschaffen. Natürlich weiß der Kunde dies auch. Er wird vielleicht im absoluten unqualifizierten Bereich dieses Angebot versuchen auszuprobieren, wird dann jedoch "wie immer" auf alt bewährtes zurückgreifen. Wenn je-

mand betroffen sein könnte, dann sind dies Unternehmungen die ausschließlich im Helfer-Bereich arbeiten. Aber auch diese wenigen haben gelernt einen hohen qualitativen Anspruch dem Kunden gegenüber zu vermitteln, um halt keine Probleme zu schaffen, sondern Lösungen anzubieten.

Mit freundlichen Grüßen

Staffed GmbH
Markus Holch (Geschäftsführer)

Sehr geehrter Herr Stolz,

wozu dieser sicher charmante Vorschlag führen wird ist so offensichtlich wie bedenklich. Schon heute werden Absolventen oder Arbeitslose durch vermeintliche Praktika ausgebeutet und, viel gewichtiger, durch diese negative Erfahrung geprägt. Ich möchte soweit gehen, Absolventen oder Arbeitslose die nach den dritten entgeltlosen Praktikum nicht durch den Praktikumsgeber eingestellt worden sind als für den Arbeitsmarkt als verloren zu bezeichnen. Die Leistungsbereitschaft dieser Menschen ist stark beschädigt. Sie haben das Vertrauen in sich verloren. Ihre Haltung gegenüber Arbeitgebern ist stets von größtem Misstrauen geprägt. Ich fange mit solchen Bewerbern nichts mehr an. Mit diesem Vorschlag würde nur ein weiteres Schlupfloch für verantwortungslose Unternehmer geöffnet. Herr Wansleben verunsichert zudem mit dieser Äußerung die Arbeitnehmerschaft, erweist dem Konsumklima 2005 einen Bärendienst. Glückwunsch!

Zudem, die Lohnkosten spielen in Deutschland sowieso nicht mehr diese Rolle. Die lohnintensiven Betriebe haben doch schon längst reagiert. Die Weichen sind gestellt. Ein Werk in Osteuropa wird doch nicht geschlossen, bloß weil die Lohnkosten in Deutschland sinken - aber immer noch deutlich höher liegen als in den Niedriglohnländern. Es ist schick weltweit produzieren zu lassen, einzukaufen und Zollveredelung zu betreiben. Ich frage mich, wann endlich verstanden wird, dass, wenn keine Arbeit da ist, auch keine durch Vermittlung oder Niedrigstlöhne geschaffen werden kann. Auch muss akzeptiert werden, dass viele Arbeitslose niemals mehr arbeitsmarktfähig gemacht werden können. Und das demotivierte, leistungsunwillige aber billige Arbeitskräfte die Unternehmen teurer kommen als anständig bezahlte Arbeitnehmer.

Mit freundlichem Gruß

jobmaster GmbH

Wolfgang Küppershaus

Sehr geehrter Herr Stolz,

die Arbeitsagenturen sind unserer Meinung nach nicht in der Lage, professionell und effektiv am Markt zu arbeiten. Wir sind daher der Meinung, dass die geplante Aktion, sollte sie umgesetzt werden, genauso scheitern wird wie die Personal – service – Agenturen. Wir sehen den Überlegungen des Herrn Wansleben gelassen entgegen.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Klein (Geschäftsführer UfZ)

Vielen Dank für Ihr Schreiben. Unsere erste Reaktion auf Ihr Schreiben reichte vom ungläubigen Staunen bis zur aufkommenden Verärgerung über solch einen unsinnigen Vorschlag des DIHK – Hauptgeschäftsführers.

Sollte der Vorschlag in dieser Form umgesetzt werden und tatsächlich Anklang bei der Industrie finden (was bei Löhnen von 3 € egal für welche Qualifikation ja durchaus denkbar wäre) hätten wir in kurzer Zeit statt 4,5 Millionen Arbeitslose dann eher 20-30 Millionen, die von der Agentur für Arbeit bezahlt

werden und in den Betrieben dann „motiviert“ für Arbeitslosengeld plus 1 € arbeiten. Ob unsere Volkswirtschaft so bestehen kann, wagen wir allerdings zu bezweifeln...

Birkenstock & Kraus GmbH

Sehr geehrter Herr Stolz,

es ist schon so, dass man gar nicht mehr weiß, ob man lachen oder weinen soll. Natürlich, auf den ersten Blick verschließt sich der Vorschlag von Herrn Wansleben nicht einer gewissen Logik...

Nun unterstellen wir einmal, die Politik greift diesen Vorschlag auf. Die angesprochenen Unternehmen werden sicherlich zunächst mit Freuden von den günstigen und willigen“ Arbeitskräften hören und sicher auch vermehrt einsetzen. Das führt dann unweigerlich dazu, dass Mitarbeiter, die jetzt noch in Zeitarbeitsunternehmen beschäftigt sind, für die Steuern und Sozialabgaben gezahlt werden, ihre Arbeitsstelle verlieren und ihrerseits arbeitslos werden. Hier zahlt dann der Staat die Sozialabgaben und das Arbeitslosengeld dazu...

Es grüßt Sie freundlich

Zeitarbeit Clahsen GmbH (Ludwigsburg)

Sehr geehrter Herr Stolz,

wir können nur hoffen, dass diese idiotische Idee des Herrn Wansleben innerhalb der politischen Entscheidungsträger auf Ablehnung stößt und daher nicht in die Tat umgesetzt wird...

Norbert Lintner

Evelin Döring Personalverleih (Wangen / Allgäu)